Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934
1927

22 (21.2.1927)

Visual Library

Erscheint
Montag, Mittwoch, Freitag.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. unsere Austräger frei ins Haus monatlich Goldmark 1.50
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit 1/28—5 Uhr, Sonntags geschlossen.
Fernsprechanschluß Nr. 11.
Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Gegründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Aelteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.
Wöchentliche Beilagen: Mode u. Heim • Der Kobold • Neue Illustrierte

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 7 Goldpfg.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpfg.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.
Platzvorschriften werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen keinerlei Gewähr übernommen.
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

№ 22. Montag, den 21. Februar 1927. 88. Jahrgang

Abkommen zwischen Tschen und O'Malley.

Samstag abend unterzeichnet. — Der Generalstreik in Schanghai.

Hankau, 20. Febr. Amtlich wird bekanntgegeben, daß der englische Gesandtschaftsrat O'Malley und der Minister des Aeußeren der Kantonregierung, Tschen, gestern abend ein englisch-chinesisches Abkommen unterzeichnet haben.

London, 20. Febr. In Schanghai ist gestern der angesetzte allgemeine Streik ausgebrochen, der drei Tage dauern soll. Die Berichte über seine Ausdehnung gehen weit auseinander. 40 000, 60 000, 80 000, 250 000 Streikende werden genannt. Der eine Bericht läßt alle Trambahnen, Omnibusse, Postbetriebe Elektrizitätswerke usw. stilliegen, der andere nur teilweise. Nach dem einen ist Kriegsrecht erklärt worden, nach dem anderen nicht. Nach dem einen haben die britischen Truppen Verteidigungsstellungen bezogen, nach dem andern sind sie in ihren Quartieren. Alle Berichte müssen aber zugeben, daß bisher nur sehr geringfügige Ausschreitungen vorgekommen sind, deren die Polizei leicht Herr werden konnte und alle schweigen sich über die wahre Veranlassung des Streiks aus, nämlich die fortgesetzte Weigerung des Munizipalrates der Niederlassung, den Chinesen in dem Rate eine gleich große Anzahl von Vertretern zuzugestehen, wie sie die Ausländer, nämlich Engländer, Amerikaner und Japaner haben. Die Chinesen haben gedroht, diese Weigerung einer Forderung, welche sie seit zwei Jahren hartnäckig erheben, mit einem allgemeinen Streik zu beantworten und sie haben diese Drohung wahr gemacht.

Malta, 20. Febr. Die achte britische Torpedobootszerstörerflotille ist gestern nach China in See gegangen.

Tokio, 20. Febr. Ein japanischer Kreuzer und vier Torpedobootszerstörer sind gestern vormittag nach Schanghai abgegangen.

Der Zusammenbruch der Armee Suns.

Wupeifus und Tschangtsolins undurchsichtige Haltung.

London, 20. Febr. **Der Zusammenbruch der Armee Suntschuanfangs** wird durch die beim Auswärtigen Amt eingegangenen Telegramme bestätigt.

Alle Hilferufe Suns, der sein Hauptquartier immer noch in Nanking hat, scheinen bisher bei Tschangtsolin auf taube Ohren gefallen zu sein, was den Verdacht neu aufleben läßt, daß Tschangtsolins wahre Politik auf die **Ausmerzung der Generale Sun und Wupeifu** gerichtet ist, um dann selbst mit der südlichen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen.

Hankau, 20. Febr. Einer japanischen Meldung aus Peking zufolge wurde ein mandschurisches Bataillon, als es die Grenze der Provinz Honan überschritt, von Anhängern Wupeifus entwaffnet. Auch ein Waffen- und Munitionstransport Tschangtsolins ist von Truppen Wupeifus angehalten worden.

Die Kämpfe bei Hangtschau.

Der Vormarsch der Kantontruppen — Hangtschau kampflos besetzt.

Hongkong, 18. Febr. Die Truppen des Generals Suntschuanfang ziehen sich von Hangtschau zurück, das die Südtruppen, ohne einem Widerstande zu begegnen, besetzten.

London, 18. Febr. Wenn die Meldungen aus Schanghai richtig sind, haben sich die Ereignisse bei Hangtschau ungefähr wie folgt abgespielt: Nachdem die Kantonesen nach den Kämpfen zu Beginn des Monats auf ihre vorher bestimmten Stellungen im Gebirge oberhalb Tschutschaus am oberen Laufe des Tsiensangs zurückgegangen waren, ging plötzlich General Pei Pao San, der die vorgeschobensten Truppen des Generals Sun in Yentschau kommandierte, zu ihnen über und führte ihnen seine Truppen in Tschutschau zu. Vereint drangen dann die beiden Armeen flott abwärts bis in die Nähe von Hangtschau vor, wo sie auf den ersten ernsten Widerstand stießen. Sie griffen nun General Suns Stellung in Hangtschau in drei Abteilungen an, die in getrennter Linie marschierten. Schanghai ist bereits überzeugt, daß General Sun Hangtschau, das sich nur schlecht verteidigen läßt, unmittelbar räumen wird, und weiß nur nicht, ob er direkt auf Schanghai zurückgeht oder bei Kasching oder Sukiang, beides Plätze an der Bahn zwischen Hangtschau und Schanghai, eine neue Verteidigungsstellung einnehmen wird. Der International-News-Dienst, der die eingehenden Nachrichten über diese Kämpfe bringt, kennt auch General Kaischeks weiteren Pläne ganz genau. Nach der Besetzung von Hangtschau, Kasching und Sukiang werde der General nicht direkt auf Schanghai losgehen und zuerst Sutschau an der Bahn zwischen Nangking und Schanghai besetzen, damit die nördlichen Truppen in Nanking Schanghai nicht zu Hilfe kommen können. Weiter meldet diese Agentur, daß das Militär alle Meldungen über die Kämpfe unterdrückt, was ihm offenbar nur schlecht gelingt. Wenn heute das Bataillon des Suffolk-Regiments in Schanghai landet, wird **England annähernd 4000 Mann in der internationalen Niederlassung** haben. Die Amerikaner haben niemand gelandet, in ihren Kriegsschiffen vor Schanghai aber 12 000 Extramatrosen und Marinesoldaten untergebracht und weitere 1200 Marinesoldaten sind von Honolulu nach Manila unterwegs.

Kabinettsrat in London.

London, 18. Febr. Der erwartete Bericht des Gesandten aus Peking traf gestern ein, worauf das Kabinett gestern abend mehr als zwei Stunden lang die Frage diskutierte, welche Instruktionen an O'Mally gesandt werden sollen, ohne daß es zu einer Entscheidung kommen soll. Nach der „Times" drehte sich die Diskussion um die Frage, ob die lokalen Abkommen über Hankau und Kiukiang angesichts der Unsicherheit unterzeichnet werden sollen, die bezüglich der weiteren Bedingungen bestehe, von denen diese Abkommen abhängen, mit anderen Worten, die Hauptfrage war, ob unterzeichnet werden soll, wenn die Unterzeichnung die Erfüllung der Versprechen bezüglich der Truppenbewegung bedeuten müßte, die Chamberlain im Unterhaus gemacht hat. Es gilt als wahrscheinlich, daß im Kabinett schließlich die Richtung durchdringen wird, die betont, die **Hauptsache sei, daß ein endgültiges, wenn auch lokales Abkommen tatsächlich zustande kommt.** Die Behauptung, Tschen wolle als Bedingung seiner Unterzeichnung eine de jure-Anerkennung seiner Regierung erzwingen, ist falsch. Die Kantoner Regierung bemüht sich, wie auch Japan gegenüber, um eine de fakto-Anerkennung. „Daily Herald" erklärt die von Chamberlain am Mittwoch im Unterhaus aufgestellte Behauptung, daß ein Staat das Recht habe, zum Schutz seiner Angehörigen im Auslande Truppen auf dem Boden eines fremden Staates zu landen und daß eine solche kein Kriegsakt oder eine Verletzung des Völkerrechts sei, für eine höchst seltsame und unhaltbare völkerrechtliche Doktrin.

Hangtschau in Flammen.

London, 19. Febr. Nach einer Meldung aus Peking steht die 800 000 Einwohner zählende Stadt Hangtschau in Flammen. Ningto soll bereits in die Hände der Kantonesen gefallen sein. Der britische Unterhändler O'Malley hat das englische Konsulat in Hankau verlassen und sein Quartier an Bord des englischen Kanonenbootes „Bee" aufgeschlagen.

Entschädigung für Burmeister.

Berlin, 19. Febr. Die nationalistische Regierung hat nach einer Abendblättermeldung aus Hankau dem deutschen Kaufmann Burmeister, der bekanntlich am 3. Januar in Hankau von Chinesen mißhandelt wurde und in ein Krankenhaus gebracht werden mußte, eine Entschädigung von 3500 Dollar zuerkannt.

Um die Abrüstung zur See.

Der französische Marineminister gegen die Verringerung der Flotte.

Paris, 18. Febr. Auf dem gestrigen Bankett des Flotten- und Kolonialvereins hielt Marineminister Leygues eine Rede, in der auf die große Ausdehnung des französischen Kolonialbesitzes hinwies und erklärte, daß schon aus diesem Grunde Frankreich seine Flotte nicht verringern könne.

Newyork, 18. Febr. Nach Meldungen aus Washington erklärt man dort, daß Amerika im Falle einer Ablehnung des Coolidge-Memorandums **sehr viele Kreuzer bauen müsse,** bis es Englands Flottenstärke erreicht hat.

Japans Antwort an Coolidge.

Washington, 20. Febr. Die japanische Note über die **Annahme des Abrüstungsvorschlages** Coolidges ist im Staatsdepartement eingegangen. Die Note ist bisher nicht veröffentlicht worden. Ueber den Inhalt verlautet aus zuverlässiger Quelle, daß Japan angeboten habe, in vollem Umfange an den Bestrebungen Coolidges, den Washingtoner Vertrag zu ergänzen, mitzuarbeiten, daß jedoch die Einzelheiten über die zukünftige Begrenzung in Genf festgestellt werden sollten.

Von Italien erwartet man eine ablehnende Antwort, während man annimmt, daß England den Vorschlag Coolidges annehmen wird. Ob jedoch eine englisch-amerikanisch-japanische Konferenz das Ergebnis des Notenaustausches sein wird, ist noch unbestimmt, da Präsident Coolidge eine Entscheidung über die Frage solange aussetzen will, bis sämtliche Antworten auf seinen Vorschlag eingegangen sind.

Die Danziger Anleihe.

Danzig, 20. Febr. Die seit der letzten Tagung des Völkerbundsrates ununterbrochen mit der diplomatischen Vertretung der Republik Polen in Danzig geführten Verhandlungen über den Teil der Danziger Anleihebedingungen, an dem Polen interessiert ist, haben nach einer Mitteilung des Senats, trotz des von Danzig in allen Fragen bewiesenen Willens zur Verständigung, zu einem Ergebnis nicht geführt. Der Senat wird nunmehr die Verhandlungen über die restlichen, vom Finanzkomitee des Völkerbundes gestellten Anleihebedingungen, bei denen die Republik Polen nicht beteiligt ist, aufnehmen und mit dem Botschafterrat und der Reparationskommission sich in Verbindung setzen. Es ist zu erwarten, daß sich der Finanzausschuß des Völkerbundes in seiner Anfang März beginnenden Tagung mit der neuen Sachlage beschäftigen wird.

Eröffnung der deutschen Ostmesse.

Königsberg, 20. Febr. Heute wurde in Königsberg die 14. deutsche Ostmesse eröffnet. Im Mittelpunkt des Interesses stehen die Produkte, die Rußland besonders auf dem Gebiete der Genußmittel ausstellt. Als Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums hielt Ministerialrat Dr. Sjoeborg eine Rede. Er taxierte die russische Ausfuhr nach Deutschland im letzten Jahr auf 500 bis 600 Millionen Reichsmark. Andererseits nimmt er an, daß auf Grund des 100-Millionen-Kredits in der nächsten Zeit wahrscheinlich in größerem Umfange Aufträge aus Rußland nach Deutschland kommen werden. Er betonte die Notwendigkeit von Verhandlungen zwischen Deutschland, Estland und Lettland zur Gestaltung von Handelsverträgen.

Die Reparationslieferungen im Januar.

Berlin, 19. Febr. Die Anzahl der für Frankreich im Januar genehmigten Verträge (ohne Kohlen- und Farbstofflieferungen) beträgt 200 mit Einschluß von 22 Nachträgen zu früheren Abschlüssen. Ihr Gesamtwert beläuft sich auf 14,9 Millionen RM. Am 31. Januar 1927 stellt sich damit der Wert sämtlicher seit dem Inkrafttreten des Dawesplanes genehmigten französischen Verträge auf 387,2 Millionen Reichsmark. Unter den Verträgen befinden sich 164 Verträge über 4,7 Millionen Reichsmark, die mit Kriegsgeschädigten abgeschlossen sind. Für Belgien sind im Monat Januar 113 Verträge (einschließlich von sechs Zusatzverträgen) im Werte von 7,5 Millionen Reichsmark genehmigt worden. Der Gesamtbetrag der seit Inkrafttreten des Dawesplans genehmigten belgischen Verträge erhöhen sich damit auf 88,7 Millionen Reichsmark.

Die Auslegung des Art. 11.

London, 18. Febr. In der Schlußsitzung des Unterausschusses des Völkerbundes, der zum Studium der Frage eingesetzt war, welche Maßnahmen zu einer Beschleunigung des Eingreifens des Völkerbundsrates bei Kriegsgefahr getroffen werden können, wurde eine vollständige Einigung erzielt. In dem Entwurf des Ausschußberichtes über Artikel 11 der Völkerbundssatzung wird **jeglicher Krieg und jede Kriegsgefahr,** gleichviel, ob dadurch ein Völkerbundsmitglied sofort in Mitleidenschaft gezogen wird oder nicht, **für eine Angelegenheit des ganzen Völkerbundes erklärt.** Der Völkerbund soll jede Aktion unternehmen, die den Frieden der Nation zu schützen geeignet ist. Auf Ersuchen soll der Generalsekretär sofort eine Zusammenkunft des Völkerbundsrates einberufen. Jedes Bundesmitglied hat das Recht, jeden Umstand, der das gute Einvernehmen zwischen den Nationen gefährden könnte, dem Bund zur Kenntnis zu bringen. Der Unterausschuß hat keine vollständige Regelung für das Verfahren der Anwendung des Art 11 abgefaßt, jedoch in völliger Einigkeit Anempfehlungen gemacht, die dem Bericht an den Ausschuß des Völkerbundes angehängt werden sollen.

Memorandum Bulgariens an den Völkerbund.

Belgrad, 18. Febr. „Prawda" meldet aus Sofia, daß die bulgarische Regierung an den Völkerbund ein Memorandum gerichtet habe, in dem um **Herabsetzung der Entschädigungslasten** ersucht und verlangt wird, daß Bulgarien die **Aufstellung einer nationalen Armee** auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht gestattet werde. In dem Memorandum wird ausgeführt, daß Bulgarien mit Rücksicht auf die schwere Wirtschaftskrise unmöglich die Entschädigungslasten, die mit 400 Millionen Lewa im gegenwärtigen Budget vertreten seien, tragen könne.

Rücktritt des Präsidenten der Saarregierung.

Genf, 18. Febr. Wie offiziell mitgeteilt wird, hat der Generalsekretär des Völkerbundes das Rücktrittsschreiben des Präsidenten der Saarregierung, des Kanadiers Steffens erhalten. Nach diesem Schreiben wünscht der Präsident, der seit 1924 Mitglied der Saarregierung ist und seit 1926 ihre Präsidentschaft führt, von der bevorstehenden Ratstagung im März nicht wieder ernannt zu werden.

Entschließung des pfälzischen Kreistags.

Speyer, 18. Febr. Der pfälzische Kreistag nahm eine Entschließung an, in der erneut die **schnelle Aufhebung der Besetzung** gefordert wird. Wenn es mit Völkerversöhnung und wirklichem Frieden ernst sei, der könne nimmermehr einen Zustand dulden, der jeden Tag den Abgrund zwischen zwei Völkern tiefer aufreiße.

Ein guter Rat des „Manchester Guardian" an Frankreich.

London, 20. Febr. Der „Manchester Guardian" schreibt in einem Leitaufsatz, der Rücktritt Stephans verleihe den Debatten ein erhöhtes Interesse, deren Gegenstand bei der Tagung des Völkerbundsrates im März die Tätigkeit des Regierungsausschusses sein werde. Das Blatt schildert, wie die Franzosen nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags sich der Hoffnung hingaben, daß die Volksabstimmung im Jahre 1935 zu ihren Gunsten ausfallen werde, und wie sie selbst diese Hoffnung durch ihre eigene Politik gründlich zerstören. Das Blatt fährt dann fort: „Das Saargebiet hofft, daß der Völkerbundsrat die französischen Truppen entfernen werde, deren Anwesenheit niemals einen guten Zweck hatte, es sei denn vielleicht der, als Streikbrecher zu dienen. Es deutet aber wenig darauf hin, daß Frankreich einwilligen werde. Sei es nicht besser für Frankreich, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen und **durch freiwillige Einwilligung in eine Rückkehr des Gebietes zu Deutschland eine Demütigung zu vermeiden, welche die Volksabstimmung ihm unbedingt bereiten wird?"**

Das Arbeitszeitnotgesetz.

Berlin, 18. Febr. Bei den interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien, die zurzeit im Reichstag stattfinden, handelt es sich um das neue Arbeitszeitnotgesetz, das, wie amtlich mitgeteilt wurde, vom Kabinett dieser Tage angenommen worden ist. Der Entwurf, dessen Ueberweisung an die Parlamentskörperschaften noch aussteht, weicht in einigen Punkten von dem Kompromißentwurf ab, der vor Ausbruch der Regierungskrise zwischen den Parteien des Reichstages eingehend verhandelt worden war. Es handelt sich insbesondere um Paragraph 11 Abs. 3 der Arbeitszeitverordnung. Hier wird die **freiwillige Mehrarbeit** über acht Stunden hinaus grundsätzlich zugebilligt. Die Sozialdemokraten hatten, wie erinnerlich, vor Weihnachten verlangt, daß freiwillige Mehrarbeit verboten und sogar unter Strafe gestellt werden sollte. Dagegen hatten die bürgerlichen Parteien, besonders die Deutsche Volkspartei, schwere Bedenken. Der Kompromißentwurf enthält die Aufrechterhaltung des Paragraph 11 mit gewissen Einschränkungen. Wie man hört, läßt der jetzt vorliegende neue Regierungsentwurf diesen Paragraphen fallen, so daß damit die freiwillige Mehrarbeit ausgeschlossen wird. Offenbar will man aber doch das Zugständnis machen, daß eine **verschiedenartige Behandlung von Klein- und Großbetrieben** eintritt. Manche Betriebe, wie das Zeitungsgewerbe, kommen beispielsweise am Samstag ohne Mehrarbeit nicht aus. Wie gesagt, sind die Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien noch in der Schwebe.

Demokratische Kritik an der Reichswehr.

Berlin, 18. Febr. Der Haushaltsausschuß setzte die Beratung des Etats 1927 fort. Eingegangen ist zum Reichswehretat eine Denkschrift über die Freimachung militärischen Personals durch zivile Hilfskräfte. Der demokratische Abgeordnete **Freiherr von Richthofen** bittet zunächst den Reichswehrminister, in Verbindung mit dem Ministerium des Auswärtigen darauf hinzuwirken, daß unser gegenwärtiges Militärsystem doch wieder einmal geändert werden möge. Solange das nicht möglich sei, wolle seine Partei die Reichswehr selbstverständlich nach Kräften fördern. Voraussetzung für seine Partei sei dabei aber, daß die Reichswehr ein brauchbares und zuverlässiges Mittel zum Schutze des heutigen Staates sei. Diese Gewähr scheine ihm aber die jetzige Art der Rekrutierung nicht zu gewährleisten, denn diese scheine ihm die Abstempelung der Reichswehr als Söldnerheer noch zu verstärken. Die überwiegende Zahl des Offizierkorps stehe doch leider dem gegenwärtigen Staat ablehnend gegenüber. Schließlich falle es ihm auf, daß unter den Offizieren der Kavallerie ungefähr die Hälfte Adelsfamilien entstammen. Der Anteil erscheine ihm zu hoch. Hier werde eine Zentralinstanz Abhilfe schaffen können und die Einstellung von ungefähr 200 jungen Offizieren jährlich einheitlich regeln und auf die Waffengattungen verteilen können. Da-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

mit würde auch verhindert, daß Versprechungen auf Einstellung Jahre im Voraus gemacht würden. (Reichswehrminister Dr. Geßler: Das ist abgestellt. Die jungen Leute, die damit rechnen, werden sich täuschen!) Die Höhe unseres Militäretats errege z. B. in Frankreich schon Anstoß und Kritik.

Geßler über die Rekrutierungsfrage.

Berlin, 18. Febr. In der Aussprache über den Wehrhaushalt im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärte Reichswehrminister Dr. Geßler, wenn von irgend einer Seite **ein guter Vorschlag zur Rekrutierungsfrage** gemacht würde, so würde man diesen auf das sorgfältigste prüfen. Augenblicklich sei aber dem Wehrministerium etwas Brauchbareres und Besseres als das gegenwärtige System nicht bekannt. Man dürfe nicht fortwährend experimentieren Zur Frage des Offiziersatzes gab der Minister zu, daß es einige Regimenter gebe, die in ihrem Offizierskorps verhältnismäßig viele Adelige hätten. Das habe aber seinen einfachen Grund darin, daß diese Regimenter aus den ehemaligen Garde- und Kavallerieregimentern zusammengelegt worden seien.

Dietrich über die Reichsfinanzen.

Die gestrigen Reden des Herrn Reichsfinanzministers und des Herrn Oberfohren (Dn.) hatten dieselbe Tendenz, nämlich die Geschäftsführung des früheren Reichsfinanzministers anzugreifen. Der Unterschied war nur der, daß Herr Oberfohren das direkt sagte, während der Herr Reichsfinanzminister von seinem Vorgänger redete, ohne ihn zu nennen. Er meinte, in dem vorliegenden, von Reinhold gemachten Budget seien die Ausgaben zu knapp, die Einnahmen zu hoch bemessen, und sogar notwendige Ausgaben direkt weggelassen. Die Gleichgewichtslage sei daher nur eine scheinbare. Späterhin hat Herr Köhler allerdings das Budget als „stark aufwendig" bezeichnet, eine Ansicht, die in Widerspruch steht mit der Behauptung, die Ausgaben seien zu knapp bemessen. Richtig ist, daß für die Arbeitslosenversorgung nur 380 Millionen eingesetzt sind, gegenüber 530 im Vorjahre. Aber erstens ist zu hoffen, daß die Ausgaben den vorjährigen Stand nicht erreichen. Sollte das aber der Fall sein, so kann der Herr Reichsfinanzminister zur Deckung der dann fehlenden 150 Millionen Mark die 200 Millionen verwenden, die er den Ländern über das im Entwurf des Budgets vorgesehene Maß hinaus geben will. Die von den Regierungsparteien so stark betonte Sparsamkeit der Länder wird durch die Mehrüberweisung von 200 Millionen jedenfalls nicht gefördert. Besonders interessant ist dann gewesen, daß man aus der Rede des Reichsfinanzministers erfuhr, daß die neue Regierung erst aus der Taufe gehoben werden konnte, nachdem dem einen Paten ein Bierreservatrecht zugestanden worden war, ein Vorgang, der an die schönsten Zeiten des mittelalterlichen Reiches erinnert, als die deutschen Kaiser ihre Regale an die Territorialgewalten zum Schaden des Reiches gegen sonst nicht übernommene Leistungen politischer und militärischer Art verhandelten.

Daß die Einnahmen zu hoch bemessen seien, bestreitet der Redner. Er beruft sich darauf, daß der Finanzminister selber zugegeben hat, daß die besonders zweifelhafte Vermögenssteuer im Jahre 1926 den vorgesehenen Ertrag erbringen werde, daß einige kleine Steuern besser ausgefallen sind, und daß die Einkommen- und Körperschaftssteuer ebenso wie die meisten indirekten Steuern nach dem Durchschnitt der letzten drei Monate des vorigen Jahres gemessen die Anschläge aufbringen werden. Zweifelhaft könne nur sein die Umsatzsteuer. Dafür würden aber die Zölle aller Wahrscheinlichkeit nach mehr als der Anschlag bringen.

Im übrigen kann tatsächlich noch gespart werden. Beim Reichsverkehrsministerium sind einmalige Ausgaben für Wasserstraßen in Höhe von 154 Millionen vorgesehen. Davon können 100 Millionen ohne jeden Schaden für die Wirtschaft verschwinden' Die Reichswehr aber und die Reichsmarine könnten dann sparen, wenn diejenigen Einrichtungen eingeschränkt werden, die uns die Entente zwar vorgeschrieben hat, die aber bei dem heutigen Stand der Kriegstechnik wenig Wert haben wie die 40 000 Pferde, die sicherlich 40 Millionen kosten und höchstens die Ausbildung der Truppe stören. Ganz im Gegensatz zu dem sozialdemokratischen Redner muß aber davon ausgegangen werden, daß das Heer bis zum Aeußersten des Zulässigen bewaffnet und ausgerüstet werden muß. Auch der Kriegslastenetat enthält erhebliche Posten, die zum mindesten im nächsten Jahr verschwinden können. Bei gutem Willen könnten immerhin 150, auch 180 Millionen noch gestrichen werden.

Im Hintergrund steht allerdings drohend das Gespenst der wachsenden Reparationslasten. Die Frage, ob sie aufgebracht werden können, ist streitig. Sicher ist aber, daß der Weg, den Luther und Schlieben eingeschlagen haben, als sie die deutsche Wirtschaft mit Steuern überlasteten, statt ihr die vorgesehene Atempause zu geben, nicht zum Ziele führt. Diese Atempause hat der Finanzminister Reinhold geschafft, und das ist sein bleibendes Verdienst. Die Demokratische Partei ist der Meinung, daß die Finanzen besser gedeihen unter einer volkswirtschaftlichen Betrachtung als bei einer rein bürokratischen und zahlenmäßigen Behandlung der Dinge. Im übrigen hat sich der Herr Finanzminister wohl falsch ausgedrückt, als er davon sprach, er wolle den Dienstbetrieb wieder in Ordnung bringen. Diese Arbeit haben schon die Vorgänger aufgenommen, und der gegenwärtige Minister setzt sie nur fort. Volle Zustimmung ist dem Finanzminister sicher, wenn er von Vereinfachung spricht, keinerlei neue Gesetze zuläßt und die Beamten besser stellen will. Nur empfiehlt es sich dann, nicht die ohnehin schon aussichtslose Statistik, wie sie jetzt gemacht wird, noch auszubauen. Mit der Einstellung der Subventionspolitik an notleidende Unternehmungen, wie sie besonders unter Schlieben betrieben wurde, ist die Demokratische Partei einverstanden. Besondere Freude hat uns Herr Dr. Oberfohren bereitet, der sich sehr schnell zum Regierungsmann umgewandelt und hinsichtlich der Behandlung der Beamten, Rentner und Kriegsinvaliden manches versprochen hat, was wir gern machen werden, auch in der unitarischen Auffassung des Reiches sich unserem Standpunkt beträchtlich genähert hat.

Der Redner behandelt dann das Gebiet der **Produktionsförderung besonders auch in der Landwirtschaft,** fordert diejenigen, die Geld anzulegen haben, besonders die Sparkassen, auf, zu einem vernünftigen Hypothekarkredit mit erträglichen Zinsen überzugehen, was für den gesamten Mittelstand von äußerster Bedeutung sei, und schloß mit der Ausführung, daß nur eine vernünftige Wirtschaftspolitik und eine sparsame und stramme Ordnung des Finanzwesens dem deutschen Volke dazu verhelfen könne, die schweren Ketten abzuschütteln, die ihm angelegt sind. Nur dann, wenn das deutsche Volk alles aufbiete, seine Freiheit, wenn auch unter schweren Geldopfern, wieder zu gewinnen, verdiene es den Namen einer Nation.

Dr. Reinholds Vermächtnis.

Berlin, 19. Febr. Der Reichstag nahm Samstag den Gesetzentwurf über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des vorläufigen Handelsabkommens zwischen Deutschland und Frankreich und der Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich und dem Saarbeckengebiet in zweiter und dritter Lesung an, ebenfalls den deutsch-niederländischen und den deutsch-dänischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag. Die erste Lesung des

Reichshaushaltsplan für 1927

wird dann fortgesetzt. Dr. **Fischer-Köln** (Dem.) erklärt, daß die Haushaltsdarstellung des Ministers manche Erinnerung an die Art Dr. Schliebens geweckt habe. Die Angriffe des Abg. Obersehren gegen Dr. Reinhold weist der Redner zurück. Außerordentlich befremdlich sei die Zusage des Ministers, die Garantien für die Länder und Gemeinden auf 2,6 Milliarden zu erhöhen. Für die Demokraten sei diese Erhöhung unannehmbar. Auch mit der weiteren Verschiebung des endgültigen Finanzausgleiches um zwei Jahre sei die demokratische Fraktion unter keinen Umständen einverstanden. Der Redner kündigt eine große Anzahl von Anträgen seiner Fraktion zum Finanzausgleich und zur Steuergesetzgebung an. Die gegenwärtige Regierung müsse mit dem schärfsten Kampf seiner Partei rechnen. Im Anschluß an die Ausführungen des Abg. Dr. Fischer Dem. führt

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

aus: Ovationen werde man leicht ernten, wenn man einer Organisation verkünden kann, daß die Lasten ihrer Angehörigen in nächster Zeit vermindert werden. Wer aber **zum Sparen genötigt** ist, der muß ganz nüchtern arbeiten und muß im kleinen anfangen. Es ist nicht so, daß der Pessimismus meine persönliche Sache sei, die Verhältnisse liegen heute eben ganz anders als vor einem Jahre. Der Etat, den ich hier vertreten muß, ist ja nicht mein Werk, sondern das Vermächtnis meines Amtsvorgängers. Er hat ja noch ein weiteres Vermächtnis hinterlassen. Er hat mir in einem Zeitungsartikel Richtlinien mit auf den Weg gegeben. Ich weiß nicht, ob Herr von Schlieben seinem Nachfolger auch solche Richtlinien hinterlassen hat. In dem Artikel sagt Dr. Reinhold, wir haben mit der Verminderung der Reichseinnahmen den ersten Teil der Aufgabe erfüllt. Das war zweifellos der angenehme Teil der Aufgabe. Als zweiten Teil der Aufgabe bezeichnet Dr. Reinhold die **Notwendigkeit, die Staatsausgaben auf das Maß zu reduzieren, das unser verarmtes Volk ertragen kann.** Damit bin ich einverstanden. Ich kann aber diesem zweiten Teil der Aufgabe nicht mit demselben rhetorischen Schwung und unter demselben Beifall lösen, wie es beim ersten Teil der Aufgabe möglich war. Im Gegensatz zu Dr. Fischer sagt Dr. Reinhold auch in seinem Artikel, daß **wesentliche Reserven im Etat nicht vorhanden** seien. Als die Steuersenkung vorgenommen wurde, galt die Verwaltungsreform als ihr integrierender Bestandteil. Dieser zweite Teil der Aktion ist wahrhaftig nicht in Angriff genommen worden. Den Abbau einiger Ministerialräte kann man doch nicht als Verwaltungsreform ansehen. Wenn mir gesagt würde, es könnten 150 Millionen im Etat gespart werden, so habe ich bisher noch keinen Antrag gesehen, der solche Ersparnisse bewirken könnte. Wer die Reichsausgaben einschränken muß, kann sich dadurch nicht populär machen. Ich sehe mein Amt nicht an als einen Posten zur Glorifizierung meiner Person, ich möchte auch keinerlei Fassadenpolitik treiben. Der Etat enthält keinen Pfennig zur Effektuierung der festen Zusage an die Länder und Gemeinden, daß ihnen vom 1. April ab die unterstützende Erwerbslosenfürsorge abgenommen werden müsse. Ich habe festgestellt, daß der Betrieb in den Finanzämtern nicht in Ordnung ist. Daß mein Amtsvorgänger den Betrieb in Unordnung gebracht hätte, habe ich weder gedacht, gesagt, noch irgendwie unterstellt.

Was die **Differenzen über die letzte Anleihe** betrifft, so steht fest, daß wir zur Abwicklung der vor 1926 herrührenden Verpflichtungen einen Teil dieser Anleihe schon in den nächsten Wochen ganz bestimmt gebrauchen werden. Man darf nicht Etat und Kassenzustand vergleichen. Mit dem Geld der Post hatten wir kassenmäßig am 31. Dezember einen Ueberschuß von 7 Millionen. Nach Abzug des fremden Geldes wies aber der Etat ein minus von 93 Millionen auf. Ich gebe hier die bindende Zusage ab, daß wir alles tun werden, um die reichsgesetzliche Rahmenregelung der Realsteuern im Zusammenhang mit der Stellungnahme des ob und wie der Hauszinssteuer unter allen Umständen in den nächsten Monaten zur Vorlage zu bringen. Der Gesetzentwurf ist im großen bei uns ausgearbeitet. Wir können in allernächster Zeit mit den Ländern darüber verhandeln. Diese Rahmengesetzgebung ist für mich ein **Weg zum endgültigen Finanzausgleich,** den ich keinen Tag länger hinausschieben will als nötig ist. Mit den 200 Millionen, die wir den Ländern überweisen wollen, wird nur ein Rechtsanspruch der Länder befriedigt, nicht aber ihnen ein Geschenk gemacht. Die Nachricht von einer geplanten Betriebsstoffsteuer für die gesamte Wirtschaft ist eine gemästete Ente. Der Minister schließt unter lebhaftem Beifall dre Regierungsparteien mit der Versicherung, daß das Reichsfinanzministerium von volkswirtschaftlichem und sozialem Geist erfüllt sei.

Deutsch-tschechischer Gebietsaustausch?

Dresden, 18. Febr. Nach dem tschechischen Blatt „Moravec" verhandelt die Tschechoslowakei mit dem Deutschen Reiche über die Abtretung des Landzipfels Annaberg-Ruderswald und Zabrekau, der zwischen dem Hultschiner Ländchen und Ostschlesien liegt. Nach der Meinung des Blattes sei das Reich zu dieser Abtretung bereit, wenn die Tschechoslowakei an Deutschland das Ascher-Ländchen abtreten würde.

Auswanderung aus Rumänien.

Auch ein Beitrag zur Minderheitenfrage.

Nach Veröffentlichungen des rumänischen Arbeitsministeriums sind in der ersten Hälfte des Jahres 1926 aus Rumänien 13 483 Personen ausgewandert, 685 Personen wurden mit ihrem Paßbegehren abgewiesen. An der Spitze der Auswanderungsbewegung stand **Bessarabien** (infolge der vorangegangenen Mißernte) mit 9014 Personen, es folgten Banat und Siebenbürgen mit 3379 Personen, die Bukowina mit 1257, das Altreich mit nur 518; es wanderten aus: 5112 Bulgaren aus Bessarabien, 2553 Ruthenen aus Bessarabien und 832 aus der Dobrudscha. Aus diesen Provinzen sind im ganzen 13 Rumänen ausgewandert: 5 aus Bessarabien, 8 aus der Bukowina. Aus dem Altreich wanderten aus 102 Rumänen und 262 Juden neben 116 anderen. Die Gesamtzahl der ausgewanderten Juden betrug 1790, von den 898 aus Bessarabien, 455 aus dem Banat und Siebenbürgen stammten. Die Zahl der ungarischen Auswanderer betrug 1253. Tatsächlich sind aber nicht nur diese Zahlen für die Auswanderung maßgebend, denn eine große Zahl von Auswanderern hat die Pässe schon vor dem 1. Januar 1926 erhalten. Im ersten Halbjahr 1926 sind tatsächlich **ausgewandert: 18 768 Personen,** darunter 8746 Bulgaren, 2852 Russen, 2402 Deutsche, 2254 Ruthenen, 1265 Juden, 1134 Ungarn und — 115 Rumänen. In derselben Zeit sind nach Rumänien 2561 Personen eingewandert. Hält man die Zahlen der Aus-, Rück- und Einwanderer gegenüber, so sind nach der Statistik des rumänischen Arbeitsministeriums ausgewandert 115 Rumänen gegen 130, die einwanderten, aber 18653 Angehörige der Volksminderheiten, denen 116 Heimwanderer gegenüberstehen!

Einigung Frankreichs mit dem Vatikan.

Italien unzufrieden.

Rom, 20. Febr. Wie erst heute bekannt wird, hat sich der Vatikan bereits anfangs Dezember v. Js. mit der französischen Regierung geeinigt. Danach bleibt die französische Botschaft beim Vatikan bestehen und Frankreich erhält verschiedene im Lausanner Friedensvertrag aufgegebenen **Rechte im Orient** seitens des Vatikans wieder zurück. Der Schutz der Orientchristen wird gewissermaßen Frankreich wieder übertragen, denn in den katholischen Kirchen des Orients soll wieder im Kirchengebet des französischen Schutzes gedacht werden. Der „Messagero", der sonst durchaus franzosenfreundlich ist, kritisiert sehr die Frankreich wiedergegebenen Vorrechte der Kirche. Die Zeitung bemerkt, daß die italienische Regierung für die Orientschriften weit mehr getan habe als die französische und daß auch England die sehr teuer erkaufte Einigung

---

Die Bettlerin vom Pont des Arts.

Novelle von Wilhelm Hauff.

Der Baron suchte indessen unter den Männern die vorige Ordnung wiederherzustellen. Er ließ fleißig einschenken, trank diesem oder jenem tapfer zu und suchte sich und seine Gäste mit allerlei Trostgründen zu beruhigen. „Es kommt von nichts", rief er, „als von dem Unwesen der neuern Zeit; jede Frau von Stande hat heutzutage schwache Nerven, und wenn sie die nicht hat, so gilt sie nicht für vornehm; Ohnmächtigwerden gehört zum guten Ton; der Teufel hat diese verrückten Einrichtungen erfunden. Und auch daher kommt es, daß man nichts mehr beim rechten Namen nennen darf. Alles soll so überaus zart, dezent, fein, manierlich hergehen, daß man darüber aus der Haut fahren möchte. Da hat sie sich jetzt alteriert, daß ich einige Scherze riskierte, was doch die Würze der Gesellschaft ist; daß ich über dergleichen zarte, feingefühlige Geschichten nicht außer mir kam vor Rührung und Schmerz und mir einige praktische Konjekturen erlaubte. Was da! Unter Freunden muß dergleichen erlaubt sein! Und ich hätte dich für gescheiter gehalten, Freund Fröben, als daß du mir dergleichen übelnehmen könntest."

Aber der, an den der Baron den letzten Teil seiner Rede richtete, war längst nicht mehr unter den Gästen; Fröben war auf sein Zimmer gegangen im Unmut, im Groll auf sich und die Welt. Noch konnte er sich diesen sonderbaren Auftritt nicht ganz enträtseln; seine Seele, halb noch aufgeregt von dem Zorn über die Reden des Freundes, war noch zu voll, zu stürmisch bewegt, um ruhigeren Gedanken und der Ueberlegung Raum zu geben. „Wird auch sie mir nicht glauben", sprach er kummervoll zu sich, „wird auch sie den schnöden Worten ihres Gatten mehr Gewicht geben, als der einfachen ungeschmückten Wahrheit, die ich erzählte? Was bedeuten jene seltsamen Blicke, womit sie mich während meiner Erzählung zuweilen ansah? Wie konnte sie diese Begebenheit so tief ergreifen, daß sie erbleichte, zitterte? Sollte es denn wirklich wahr sein, daß sie mir gut ist, daß sie innigen Anteil an mir nimmt, daß sie verletzt wurde von dem Hohne des Freundes, der mich so tief in ihren Augen herabsetzen mußte? Und was wollte sie denn, als sie aufstand, als sie sprechen wollte? Wollte sie den unschicklichen Reden Faldners Einhalt tun oder wollte sie mich sogar verteidigen?"

Er war unter diesen Worten heftig im Zimmer auf und ab gegangen, sein Blick fiel jetzt auf die Rolle, die jenes Bild enthielt, er rollte es auf, er sah es bitter lächelnd an. „Und wie konnte ich mich auch von einem Gefühl der Beschämung hinreißen lassen, mein Herz Menschen aufschließen, die es doch nicht verstehen, von Dingen zu reden, die solch überaus vornehmen Leuten so fremd sind; das Schlechte, das Gemeine ist ihnen ja lieber, scheint ihnen natürlicher als das Außerodentliche; wie konnte ich von deinen lieben Wangen, von deinen süßen Lippen zu diesen Puppen sprechen? O du armes, armes Kind; wie viel edler bist du in deinem Elend als diese Fuchsjäger und ihr Gelichter, die wahren Jammer und verschämte Armut nur vom Hörensagen kennen und jede Tugend, die sich über das Gemeine erhebt, als Märchen verlachen! Wo du jetzt sein magst? Und ob du des Freundes noch gedenkst und jener Abende, die ihn so glücklich machten!"

Seine Augen gingen über, als er das Bild betrachtete, als er bedachte, welch bitteres Unrecht die Menschen heute diesem armen Wesen angetan. Er wollte seine Tränen unterdrücken, aber sie strömten nur noch heftiger. Es gab eine Stelle in der Brust des jungen Mannes, wohin, wie in ein tiefes Grab, sich alle Wehmut, alle zurückgedrängten Tränen des Grames still und auf lange versammelten; aber Momente wie dieser, wo die Schmerzen der Erinnerung und seine Hoffnungslosigkeit so schwer über ihn kamen, sprengten die Decke dieses Grabes und ließen den langverhaltenen Kummer um so mächtiger überströmen, je mehr sein gebrochener Mut in Wehmut überging.

27.

Fröben überdachte am anderen Morgen die Vorfälle des gestrigen Tages und war mit sich uneinig, ob er nicht lieber jetzt gleich ein Haus verlassen sollte, wo ihn ein längerer Aufenthalt vielleicht noch öfter solchen Unannehmlichkeiten aussetzte, als die Türe aufging und der Baron niedergeschlagen und beschämt hereintrat. „Du bist gestern abend nicht zu Tisch gekommen, du hast dich heute noch nicht sehen lassen", hub er an, indem er näher kam, „du zürnst mir; aber sei vernünftig und vergib mir; siehe, es ging mir wunderlich; ich hatte den Tag über zu viel Wein getrunken, war erhitzt, und du kennst meine schwache Seite, da kann ich das Necken nicht lassen. Ich bin gestraft genug, daß der schöne Tag so elend endete, und daß mein Haus jetzt vier Wochen lang das Gespräch der Umgegend sein wird. Verbittere mir nicht vollends das Leben und sei mir wieder freundlich wie zuvor!"

„Lasse lieber die ganze Geschichte ruhen", entgegente Fröben finster, indem er ihm die Hand bot; „ich liebe es nicht, über dergleichen mich noch weiter auszusprechen, aber morgen will ich fort, weiter; hier bleibe ich nicht länger."

„Sei doch kein Narr!" rief Faldner, der dies nicht erwartet hatte und ernstlich erschrak. „Wegen einer solchen Szene gleich aufbrechen zu wollen! Ich sagte es ja immer, daß du ein solcher Hitzkopf bist. Nein, daraus wird nichts; und hast du mir nicht versprochen, zu warten, bis Briefe da sind vom Don in W.? Nein, du darfst mir nicht schon wieder weggehen; und wegen der Gesellschaft hast du dich nicht zu schämen, sie alle, besonders die Frauen, schalten mich tüchtig aus, sie gaben dir völlig recht und sagten, ich sei an allem schuld."

„Wie geht es deiner Frau?" fragte Fröben, um diesen Erinnerungen auszuweichen.

„Ganz hergestellt, es war nur so ein kleiner Schrecken, weil sie fürchtete, wir würden ernstlich aneinander geraten; sie wartet mit dem Frühstück auf dich; komm jetzt mit herunter und sei vernünftig und nimm Räson an. Ich muß ausreiten, nimm es mir nicht übel, die Mühle kommt heute in Gang. Du bist also wieder ganz wie zuvor?"

„Nun ja doch!" sagte der junge Mann ärgerlich. „Laß doch einmal die ganze Geschichte ruhen." Er folgte mit sonderbaren Gefühlen, die er selbst nicht recht zu deuten wußte, dem Baron, der vergnügt über die schnelle Versöhnung seines Freundes ihm voraneilte, seiner Frau schnell berichtete, was er ausgerichtet habe, und dann das Schloß verließ, um seine Mühle in Gang zu bringen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

zwischen Kirche und französischer Regierung in Palästina nicht gutheißen könne. Die italienische Regierung könne keineswegs zugeben, daß die im Orient lebenden Italiener für eine andere Macht, als für ihre eigene, beten müssen.

Frankreichs Schuldenzahlung an England.

Poincares geheime Hoffnungen. — Schuldenfrage und Dawesplan.

Paris, 17. Febr. Das Finanzministerium gibt bekannt, daß die französische Regierung an das englische Schatzamt **eine Summe von sechs Millionen englischer Pfund** abführen werde und zwar die Hälfte im September 1927 und die andere Hälfte im März 1928. Es wird in der Mitteilung ausgeführt, daß man diesen Weg deshalb wähle, weil das Schuldenabkommen mit England noch nicht ratifiziert sei.

Paris, 18. Febr. Das Abkommen der französischen Regierung mit der englischen Regierung, wonach dem englischen Schatzamt für die **beiden ersten fälligen Jahreszahlungen** aus dem Schuldenabkommen Churchill-Caillaux sechs Millionen Pfund in zwei Raten zu zahlen sind, wird offiziös dahin gedeutet, daß durch dieses Kompromiß die französische Regierung vorerst von der Verpflichtung entbunden ist, das Abkommen zu ratifizieren. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die französische Regierung die Vereinigten Staaten nicht schlechter behandeln kann als Großbritannien. Der französische Botschafter in Washington soll deshalb beauftragt sein, mit Schatzsekretär Mellon über die beiden ersten a conto-Zahlungen an die Vereinigten Staaten zu verhandeln. Man gibt sich in Paris keiner Täuschung hin, daß die parlamentarischen Verhältnisse in Washington wesentlich andere sind als in London. Zweifellos wird Coolidge, da das Abkommen in Frankreich noch nicht ratifiziert ist, selbständig keine Verfügung treffen können, ohne die Schuldenfundierungskommission zu Rat zu ziehen, die aber praktisch nicht mehr besteht, so daß also der Senat befragt werden müsse. Poincare will dadurch Zeit gewinnen, um nicht ratifizieren zu müssen, und glaubt, so werde er die Verbindung der interalliierten Schuldenregelung mit den deutschen Reparationszahlungen erzielen. Er ratifiziert also nicht, sichert sich aber durch das Jahresabkommen den Nutzen der Schutzklausel, **d. h. er verspricht von Jahr zu Jahr den französischen Gläubigern nur so viel, als er von Deutschland auf Grund des Dawesplanes erhält.**

Die ingeniöse Lösung, die in Paris gefunden wurde, hat also eine wesentlich praktische und in gewissem Sinn auch Deutschland interessierende Bedeutung.

Poincaré für Oeffnung der französischen Archive.

ZEK. Als im Mai 1926 die Berliner Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen die berichtigte und ergänzte Neuausgabe des französischen Gelbbuches von 1914 abschloß, schrieb der Herausgeber Alfred von Wegerer in seinem Vorwort: „Wenn mit Locarno wirklich ein neuer Geist unter den westeuropäischen Nationen eingezogen sein soll, wird es höchste Zeit, durch Oeffnen der französischen Archive den guten Willen in die Tat umzusetzen".

Nun endlich hat sich der französische Ministerpräsident mit der Oeffnung der französischen Archive einverstanden erklärt. In der Kammersitzung vom 10. Februar richtete der Abgeordnete Fontanier folgende Frage an den Ministerpräsidenten Poincaré:

„Ich wünsche dem Herrn Ministerpräsidenten eine Frage zu unterbreiten, die ihm wohl bekannt ist, da sie während der letzten Legislaturperiode von Herrn Fernand Buisson wiederholt worden ist. Es handelt sich um die Veröffentlichung der Dokumente über den Kriegsausbruch. Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, uns seine Absicht mitzuteilen, und uns zu sagen, ob er noch immer, wie während der letzten Legislaturperiode gegenüber Herrn Buisson, die Veröffentlichung dieser Dokumente verweigert."

Poincaré: „Ich habe sie niemals verweigert".

Fontanier: „Sie haben gesagt, daß der Augenblick nicht geeignet sei, das kann noch lange dauern".

Poincaré: „Ich habe dies zu einem Augenblick gesagt, wo es schwierig war, mit der Veröffentlichung zu beginnen. Aber heute, da die Veröffentlichung überall im Auslande begonnen ist, ist es an der Zeit, sie so schnell wie möglich in Frankreich vorzunehmen. Ich werde dem Herrn Außenminister den von Herrn Fontanier vorgebrachten Wunsch, den ich teile, übermitteln."

Sontanier: „Ich danke Ihnen".

Dieses Versprechen des französischen Ministerpräsidenten bedeutet für die internationale Kriegsschuldenforschung eine große moralische Genugtuung. Wenn der Außenminister Briand Herrn Poincaré zustimmt, woran wohl nicht zu zweifeln ist, so wird endlich, nach Veröffentlichung der französischen Dokumente über den Kriegsausbruch, nach langen vergeblichen Bemühungen der Weg frei sein für eine internationale Konferenz von Sachverständigen in der Kriegsschuldfrage. In diesem Sinne ist die Erklärung Poincarés eine wichtige Etappe in dem gewaltigen Kriegsschuldprozeß.

Poincaré stellt die Vertrauensfrage.

Paris, 18. Febr. Poincaré stellte gestern in der Kammer im Laufe der Diskussion über die Zusatzkredite die Vertrauensfrage, als von seiten der Kommunisten versucht wurde, eine Herabsetzung der Steuer auf Automobile und Autoboote durchzusetzen. Der kommunistische Antrag wurde mit 363 gegen 185 Stimmen abgelehnt.

Kammerdebatte über die Frankenstabilisierung.

Paris, 19. Febr. Die Kammer behandelte gestern die Interpellation über die Finanzpolitik der Regierung über die Teuerung und das Arbeitslosenproblem. Poincaré wies in längeren Ausführungen die Forderung der Opposition zurück, den Tag anzugeben, an dem er den Franken zu stabilisieren gedenke. Er gab zu verstehen, daß er nicht daran denke, die Stabilisierung noch während der jetzigen Legislaturperiode der Kammer durchzuführen. Die Diskussion dauert fort.

Der französische Marineminister zur Flottenabrüstungsfrage

Paris, 18. Febr. Auf dem gestrigen Bankett des Flotten- und Kolonalvereins hielt Marineminister Leygues eine Rede, in der er auf die große Ausdehnung des französischen Kolonialbesitzes hinwies und erklärte, daß schon aus diesem Grunde Frankreich seine Flotte nicht verringern könne.

Polens ablehnende Antwort.

Die polnische Regierung hat sich grundsätzlich gegen den Vorschlag der deutschen Regierung erklärt, Verhandlungen über die Ausweisungsfrage zu führen, ehe man die Beratungen über die wirtschaftlichen Fragen fortsetzt. Mit dem Beiwerk dieser polnischen Antwort wird man sich nicht lange aufzuhalten brauchen. Wenn in Warschau erklärt wird, die Behandlung der Ausländer sei in Polen liberal und gar noch liberaler als in Deutschland, so braucht man bloß die Tatsachen sprechen zu lassen. Allein im letzten halben Jahre sind aus dem einzigen Konsulatsbereich von Kattowitz 150 Reichsdeutsche ausgewiesen worden. Das beweist besser als alle Worte, daß die polnische Regierung mit der Vertreibung Reichsdeutscher von polnischem Boden **ebenso brutal wie systematisch** verfährt. Es ist deshalb durchaus gerechtfertigt, wenn die deutsche Regierung erst Abmachungen über diesen Punkt verlangt, ehe man die wirtschaftlichen Verhandlungen fortsetzt.

Die polnische Antwort war am Donnerstag Gegenstand der Beratungen im Auswärtigen Ausschuß. Es wäre sicher erwünscht, gewesen, wenn der Auswärtige Ausschuß in einer Entschließung die Haltung der deutschen Regierung in dieser Frage ausdrücklich gebilligt hätte. Man hat aber bedauerlicherweise von einem solchen Beschluß abgesehen. Es läßt sich aber trotz der Vertraulichkeit der Verhandlungen mit aller Bestimmtheit behaupten, daß der Auswärtige Ausschuß sachlich auf der Seite der deutschen Regierung steht. Wie aus der Aussprache der Regierung hervorging, ist bei allen Parteien die Ansicht vertreten, daß die **Sicherung der Rechtsstellung Reichsdeutscher in Polen und umgekehrt als ein untrennbarer Teil des Handelsvertrages betrachtet werden muß.** Hieraus ergibt sich von selbst, daß auch der Auswärtige Ausschuß den Abschluß eines Handelsvertrages unabhängig von einer Klärung dieser Frage nicht für möglich hält. Die polnische Antwort kann wohl nicht als eine Ablehnung aller weiteren Verhandlungsmöglichkeiten angesehen werden. Die deutsche Regierung setzt jedenfalls ihre diplomatischen Schritte in Warschau fort und wird dabei alles versuchen, um diejenige Voraussetzung zu schaffen, von der sie die Weiterführung der Wirtschaftsverhandlungen abhängig macht. Wenn Polen den Abschluß eines besonderen Ausweisungsvertrages ablehnt, so lassen sich auch noch andere Formen denken, in denen die von Deutschland verlangte Sicherheit gegeben werden kann, daß der deutsche Staatsbürger schon jetzt auf polnischem Boden diejenige Sicherheit genießt, ohne die die Aufnahme von geregelten Handelsbeziehungen undenkbar ist.

Die Lage in Portugal.

Paris, 18. Febr. Ein nach Lissabon entsandter Sonderberichterstatter des „Journal" hat nach Niederwerfung des Aufstandsversuches in Porto Ministerpräsident Carmona gesprochen, der ihm erklärte, seine **Diktatur sei nur vorübergehend.** Sie werde aufhören, sobald das Problem der allgemeinen politischen Orientierung Portugals gelöst sei. Die Verfassung werde durch eine Nationalversammlung abgeändert werden, an deren Einberufung man jetzt allerdings noch nicht denken könne. Er bestreitet nicht, daß das in Portugal bestehende Regime mit dem italienischen oder spanischen Faszismus eine gewisse Aehnlichkeit habe. Kriegsminister Oberst Susa erklärte dem Berichterstatter, daß der Aufstandsversuch nicht sobald wiederholt werden würde. Die Regierung sei vorbereitet, jeden derartigen Versuch mit der gleichen Energie zu unterdrücken. Er glaube nicht, daß die Festgenommenen die Hauptführer der Bewegung seien. Diese hielten sich versteckt, aber man werde sie zu finden wissen.

An unsere Leser!

Auf vielseitige Anfragen benachrichtigen wir unsere Leser, daß **der Landbote**

ab 1. April täglich erscheint.

Verlag des Landboten.

Der Kampf um Arabien.

Der Bündnisvertrag zwischen Ibn Saud und Assir.

Kairo, 17. Febr. Arabien steht vor dem **Endkampf der zwei mächtigsten Fürsten um die Herrschaft über die Halbinsel.** Die Gegensätze zwischen Yemen und dem Hedjaz verschärfen sich derart, daß nur die chronische Geldnot Ibn Sauds den Ausbruch des Krieges bisher verhindert hat. Iman Yahya verstärkt dauernd seine Truppen an der Grenze Assirs und Assir rüstet gleichfalls aus Leibeskräften. Man erwartet in eingeweihten Kreisen die Eröffnung der Feindseligkeiten für die Monate Juli-August nach Beendigung der Pilgerfahrt nach Mekka. Ibn Saud wird dann dank der Einnahmen der Pilgersaison etwas mehr Geld haben und außerdem werden starke Kontingente von Beduinen ohnedies unter dem Vorwand oder dem Anlaß der Pilgerfahrt in Mekka schlagbereit konzentriert sein. Es ist ziemlich sicher, daß sich diese Armee von Pilgern dann in eine wirkliche Armee verwandeln wird, die den Krieg gegen die ungläubigen ketzerischen Yemeniten beginnen wird. Unterdessen treffen ständig trotz des internationalen Verbotes des Waffenhandels nach Arabien ganze Schiffsladungen italienischer Provenienz in Hodeida ein, wenn man den dortigen Berichten Glauben schenken darf. Die Kriegserklärung Assirs an Yemen sowie die Uebernahme des Protektorats über Assir durch Ibn Saud hat in der ganzen arabischen Presse so lebhaftes Echo gefunden, daß die Regierung des Hedjaz es für überflüssig gehalten hat, in ihrer Reserve zu verbleiben.

Der Wortlaut des **Bündnisvertrages zwischen Ibn Saud und dem Iman von Assir** (datiert vom 21. Oktober 1926) lautet: Artikel 1. Iman Idrisi anerkennt das Protektorat Ibn Sauds über Assir. Unter Assir werden die Grenzen des Landes verstanden, die im Vertrag zwischen Mohammed Idrisi und Ibn Saud am 27. Oktober 1920 bestimmt wurden, d. h. mit Hodeida. Artikel 2. Iman Idrisi wird keine politischen oder ökonomischen Verträge mit anderen Mächten ohne Erlaubnis Ibn Sauds schließen. Artikel 3. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgt nur mit Bewilligung Ibn Sauds. Artikel 4. Iman Idrisi darf keinen Teil seines Territoriums einer fremden Macht abtreten. Artikel 5. Ibn Saud anerkennt Iman Hassan el Idrisi lebenslänglich als Emir von Assir und nach seinem Tode denjenigen, welchen die Familien der Idrisi und die Notabeln von Assir wählen werden. Artikel 6. Assir behält seine Unabhängigkeit nach innen. Artikel 7. Ibn Saud verpflichtet sich, den Emir von Assir gegen alle Feinde zu verteidigen.

Dieser Vertrag ist gleichbedeutend mit der Einverleibung Assirs in den Staat des Ibn Saud.

Aus Nah und Fern.

h **Sinsheim**, 19. Febr. (Hengsthaltung.) Heute Vormittag fand auf dem Heidelberger Schlachthof die Uebergabe von 7 Zuchthengsten des belgischen Schlages an die Hengsthalter statt. Das Badische Ministerium des Innern hat die Hengste durch den Verband der Unterbad. Pferdezuchtgenossenschaften unter der Leitung des Zuchtinspektors, Veterinärrat Hock, Heidelberg im Rheinland und in Belgien in der vergangenen Woche angekauft. Die Uebernehmer der 3- und 4jährigen, erstklassigen und hochpreisigen Hengste sind die Hengsthalter Müller in Heiligkreuz, Amt Weinheim, Laier in Baiertal, Amt Wiesloch, Schmitt in Weisbach, Amt Mosbach, Kopp in Kirchardt und Bitterich in Eppingen, Amt Sinsheim; zwei Hengste kommen in den Hengststall des Ministeriums des Innern in Karlsruhe. Bei der Abgabe der Hengste waren auch der Präsident des Unterbad. Verbandes, Freiherr Adolf von Göler, Schatthausen, der Pferdezuchtreferent im M. d. J., Oberregierungsrat Reu und andere Sachverständige zugezogen. Die Zuchtgenossenschaften, in welchen die Hengste zur Zucht zur Aufstellung gelangen, werden es mit Befriedigung und großem Dank begrüßen, daß ihnen die Bad. Regierung und die Hengsthalter, welche die großen Opfer im Interesse der Sache bringen, die Beschälstationen mit so wertvollem Zuchtmaterial besetzen und dadurch zur Förderung der Unterbad. Kaltblutpferdezucht ungemein beitragen. Ehe die Hengste nach den Stationen abgingen, wurde noch von der Firma Gabmer Diehl & Co. eine Kinoaufnahme und seitens des Verbandes eine Anzahl Einzelaufnahmen gemacht.

Sinsheim, 21. Febr. (Von der Post.) Nachträge zu den Postscheckkundenverzeichnissen werden soeben nach dem Stande vom 1. Januar 1927 ausgegeben. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen, die auch über die Preise Auskunft erteilen. Postscheckkunden erhalten auf Wunsch die Nachträge von ihrem Postscheckamt unter Abbuchung des Preises von ihrem Konto, auch können sie sich den regelmäßigen Bezug der Verzeichnisse wie auch der Nachträge durch einmalige Bestellung bei ihrem Postscheckamt sichern.

)(**Sinsheim**, 20. Febr. (Soziale Wohlfahrtsrente.) Das Anleiheablösungsgesetz sieht die Gewährung von Wohlfahrtsrenten an Anstalten und Einrichtungen der freien und kirchlichen Wohlfahrtspflege, die Aufgaben der öffentlichen Wohlfahrtspflege erfüllen, vor. Die Verordnung zur Durchführung dieses Gesetzes vom 4. Dezember 1926 enthält die näheren Vorschriften über die soziale Wohlfahrtsrente. Die Anträge auf Gewährung einer Wohlfahrtsrente sind für den Bezirk Sinsheim an den beim Landeskommissär in Mannheim für diesen Zweck gebildeten Ausschuß zu richten. Die Frist zur Antragstellung läuft mit dem 30. April 1927 ab. Für die Anträge hat die Reichsregierung einen Vordruck, sowie eine Anleitung zu seiner Ausfüllung herausgegeben. Die Anträge sind unter Verwendung von Vordrucken in zweifacher Fertigung zu stellen. Vordrucke und Anleitungen zu ihrer Ausfüllung werden vom Landeskommissär in Mannheim und den Reichsspitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege, nämlich dem Zentralausschuß für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, dem Deutschen Caritasverband, dem Deutschen Roten Kreuz, der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, dem Fünften Wohlfahrtsverband, dem Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, dem Zentralwohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterschaft auf Antrag unentgeltlich ausgegeben.

* **Sinsheim**, 21. Febr. (Ersatz beschädigter Banknoten.) Es ist allgemein die Ansicht verbreitet, daß für zerrissene, teilweise verbrannte oder sonstwie beschädigte Reichskassenscheine zu 5, 20 und 50 Mark von den Staatskassen Ersatz geleistet werde, wenn nur noch die Nummer des Scheines auf den Stücken vorhanden sei. Das ist ein Irrtum. Nach den Bestimmungen der Reichsschuldenverwaltung wird nur dann Ersatz geleistet, wenn das vorgelegte Stück zu einem Reichskassenschein gehört und mehr als die Hälfte eines solchen beträgt, d. h. der Ersatz wird nicht dem Besitzer der auf einem Stück etwa noch erhaltenen Nummer, sondern dem Vorzeiger der größeren Hälfte des beschädigten Stückes geleistet. Auch werden derartige Stücke nur dann in Zahlung genommen, wenn ihre Umlaufsfähigkeit zweifellos ist. Ist sie zweifelhaft, oder der Ersatz der Stücke der Reichsschuldenverwaltung überlassen, so haben die Besitzer solcher Scheine sich mit dem Antrage auf Ersatz an die Reichsschuldenverwaltung zu wenden. Für beschädigte Banknoten von 100 oder 1000 Mk. wird gleichfalls nur dann Ersatz geleistet, wenn der Inhaber entweder einen Teil der Note vorzeigt, der größer als die Hälfte ist, oder nachweist, daß der Rest der Note, von der er nur die Hälfte oder einen kleienren Teil vorzeigt, vernichtet ist.

♁ **Waibstadt**, 19. Febr. (Ehrung.) Die Tochter des hiesigen Bahnarbeiters Karl Kaiser, namens Anna Kaiser, die in Mannheim in Dienst ist, hat vom Verein für Ehrung treuer Dienstboten für ihr gutes Verhalten den 1. Aufmunterungspreis erhalten.

Δ **Steinsfurt**, 21. Febr. (Der Militärverein) begeht am 28., 29. und 30. Mai sein 52jähriges Stiftungsfest, verbunden mit Fahnenweihe und dem Gautag des Elsenzgaues des Badischen Kriegerbundes. Das umfangreiche Programm sieht außer anderen Festlichkeiten eine Kriegerehrung nach dem Festgottesdienst vor.

♁ **Gromach**, 19. Febr. (Beerdigung.) Am Donnerstag nachmittag fand die Beerdigung von Frl. Marie Bauer statt. Die Verstorbene war Förderin des Ingolstadter Meßbundes und des Franziskus-Xaveriusvereins und war Schwester des dritten Ordens. Sie erreichte ein Alter von 67 Jahren und war längere Zeit leidend.

∝ **Eppingen**, 19. Febr. (Die hiesige freiwillige Sanitätskolonne) kann auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken. Der Verein hat sich in uneigennütziger Weise überall bei Krankheits- und Unglücksfällen zur Verfügung gestellt.

Ψ **Schwetzingen**, 20. Febr. (Verschiedenes.) Die Gendarmerie hat einen 27jährigen Mann aus Eberstadt verhaftet. Er betrieb schwunghafte Obstbaumdiebstähle und benützte dazu neuartige Praktiken. Bei hiesigen und auswärtigen Gärtnern holte er angeblich im Auftrage von Bestellern, deren Namen er ermittelt hatte, die bestellten Obstbäume ab. Nach mehreren Tagen schickten die Gärtner die Rechnung, wobei sich herausstellte, daß die Besteller die Obstbäume noch gar nicht erhalten hatten. — Der Krankenstand im Versicherungsbereich der allgemeinen Ortskrankenkasse Schwetzingen hat sich wesentlich gebessert. Die Grippenwelle ist stark im Abflauen begriffen. Von etwa 6000 Versicherten stehen gegenwärtig 323 Mitglieder im Krankengeldbezug. Außerdem erhalten 49 Wöchnerinnen Unterstützung. Zur Zeit des Höchststandes der Grippe betrug die Krankenziffer rund 8 v. H., jetzt 5 v. H., der Versicherten. — Die städtische Sparkasse hat die Zinssätze für Hypothekendarlehen auf 9—9,5 für Schuldscheindarlehen auf 10 vom Hundert für Kredite in laufender Rechnung auf 5 v. H. plus ½ v. H. Monatsprovision und für Wechseldiskont auf 5 v. H. plus ¼ v. H. Monatsprovision festgesetzt.

♁ **Schwetzingen**, 19. Febr. (Ein Kind aus dem Auto gestürzt.) In Schwetzingen ereignete sich ein nicht alltäglicher Verkehrsunfall. Eine Frau aus Brühl war mit ihrem vier Jahre alten Neffen bei einem Zahnarzt gewesen und fuhr mit einem Bekannten im Auto nach Brühl zurück. Das Kind wurde im Fond des verschlossenen Wagens verstaut, die Frau setzte sich neben den Wagenlenker in den Führersitz. Während der Fahrt muß der Knabe wohl am Verschluß der Türe hantiert haben, denn die Türe öffnete sich plötzlich und das Kind stürzte in der Lindenallee, an der Einmündung der Viktoriastraße, aus dem Auto. Im Führersitz merkte man den Verlust des Knaben erst, als beim Einbiegen in den Brühler Weg die offene Tür schlenderte. Als die Autofahrer zurückkehrten, um den „verlorenen Sohn" zu suchen, war er schon aufgehoben und verbunden worden. Zum Glück hat er bei dem Sturz nur leichtere Verletzungen erlitten.

= **Mannheim**, 19. Febr. (Infolge Verbrennung gestorben.) Ein 2 Jahre altes Mädchen hat während kurzer Abwesenheit der Mutter in der Wohnung der Schwetzingervorstadt vermutlich mit einem Celluloidkamm gespielt und ist mit diesem dem Herd euer zu nahe gekommen. Offenbar hat der Kamm Feuer gefangen, das sich auf die Kleider des Kindes übertragen hat. Dadurch hat das Kind an verschiedenen Körperteilen so schwere Brandwunden erlitten, daß es am nächsten Tage im städtischen Krankenhause gestorben ist.

Mannheim, 20. Febr. (Messerstecherei mit nachfolgendem Tod.) In vergangener Nacht gegen 12½ Uhr wurde ein geschiedener 42 Jahre alter Taglöhner vor einer Wirtschaft in S 2 hier nach vorausgegangenem Streit in die Brust gestochen. Der Schwerverletzte wollte sich noch nach Hause begeben, ist aber unterwegs zusammengebrochen und von einer Polizeistreife aufgefunden worden. Es wurde seine Ueberführung nach dem Städtischen Krankenhaus veranlaßt, jedoch ist er auf dem Transport schon gestorben. Als Täter wurde ein verheirateter 26 Jahre alter Taglöhner von hier ermittelt, welcher festgenommen und in das Bezirksgefängnis eingeliefert wurde.

△ **Furschenbach** (A. Bühl), 19. Febr. (Ein schwerer Unfall) ereignete sich im Gallischen Steinbruch. Als die letzten Sprengarbeiten beendigt waren, löste sich nachträglich und unerwartet ein Felsblock und stürzte in die Tiefe. Das etwa 15 Zentner schwere Felsstück traf den Arbeiter Anton Schneider, warf ihn zu Boden und verletzte ihn so schwer, daß er nach kurzer Zeit starb

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Offenburg, 20. Febr. (Verunglückt.) Bei der von der Firma Bährle & Rift in Offenburg z. Zt. ausgeführten Elzbaggerungen in Riegel brach wahrscheinlich infolge Unterspülung eines Joches der Transportbrücke durch die infolge des Regens anschwellende Elz ein Brückenteil. Die eben einen Leerzug über die Elz befördernde Feldbahnlokomotive stürzte in das Wasser und begrub den Lokomotivführer Otto Stenger von hier unter sich. Erst nach halbstündiger angestrengter Arbeit konnte der Verletzte befreit werden. Außer Brandwunden wurde ein Oberschenkelbruch festgestellt. Ein Krankenauto brachte Stenger in das Krankenhaus nach Emmendingen, wo er heute nacht gestorben ist.

× **Oggersheim**, 20. Febr. (Mord.) Heute nacht wurde der 33 Jahre alte Wirt und Bierführer Wilhelm Huber von dem Fabrikarbeiter Johannes Gleich aus der Wirtschaft herausgeworfen. Huber war kaum auf der Straße, als er von Gleich einen Messerstich erhielt, der die Herzschlagader traf und den sofortigen Tod des Wilhelm Huber herbeiführte. Gleich wurde verhaftet. Nähere Einzelheiten konnten bis jetzt nicht in Erfahrung gebracht werden.

ö **Dobel**, 19. Febr. (Zwei Wohnhäuser abgebrannt) Auf dem Heuboden der Scheune des Metzgermeisters Ernst Seifried brach Feuer aus, das sich ungemein rasch auf den Gasthof „Zum Ochsen" ausbreitete und bald auf das Haus des Schuhmachermeisters Gottfried Hummel übergriff. Infolge Wassermangels war die Dobeler Feuerwehr machtlos. Es wurde deshalb die Neuenbürger Weckerlinie gerufen. Alle drei Gebäude sind bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Das Mobiliar konnte gerettet werden, doch ist der Schaden trotzdem groß.

t **Pirmasens**, 19. Febr. (Ein schwerer Autounfall) hat sich hier ereignet, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen. An dem Auto des Besitzers der Adler-Garage, Georg Breiß, das sich auf der Heimfahrt von Kaltenbach befand, versagte die Steuerung. Das Auto fuhr in die Abweissteine, die es umriß, wobei es durch den Anprall auf die linke Straßenseite geschleudert wurde. Die beiden Insassen des Wagens, der 45 Jahre alte Kaufmann Friedrich Rheinberger und der 46 Jahre alte Kaufmann Johann Jäckel, wurden aus dem Wagen herausgeschleudert, wobei Rheinberger sofort getötet wurde und Jäckel einen schweren Schädelbruch erlitt. Er wurde in das Krankenhaus eingeliefert, wo er heute Vormittag verstarb. Der Fahrer selbst erlitt nur geringe Verletzungen. Der Wagen wurde vollständig zerstört.

t **Wiesbaden**, 20. Febr. (Auf der Jagd angeschossen.) Der Baßbuffo Biehler vom Staatstheater ist auf der Jagd von dem Operettentenor Schorn angeschossen und schwer verletzt worden. Biehler hatte sich, ohne das verabredete Signal zu geben, von seinem Anstand entfernt, worauf Schorn, der in der Dunkelheit ein Stück Schwarzwild vor sich zu haben glaubte, einen Schuß abgab, der Biehler ins Bein traf. Schorn gab noch einen zweiten Schuß ab, der glücklicherweise fehlging. Biehler verhinderte einen dritten Schuß dadurch, daß er Schorn anrief. Schorn schleppte den Verwundeten zwei Stunden lang durch den Wald zu einer Waldhütte, von wo Biehler ins Krankenhaus transportiert wurde.

= **Eisleben**, 19. Febr. (Schweres Schachtunglück.) Auf dem „Bitzthum-Schacht" auf der neunten Sohle ereignete sich ein schwerer Unfall. Aus dem Streckenstoß löste sich plötzlich ein größeres Gesteinstück und tötete einen Hauer und verletzte zwei andere Männer schwer.

t **Pirna**, 19. Febr. (Ihre beiden Kinder vergiftet.) Die 29jährige Ehefrau eines Ofensetzers hat sich und ihre beiden Kinder im Alter von vier und sechs Jahren durch Gas vergiftet. Die Frau hatte ein Verhältnis mit einem gleichaltrigen Mann.

= **Stendal**, 21. Febr. (Fünfzehn Jahre.) Ein polnischer Arbeiter, der im November 1925 einen Schmiedemeistersohn am hellen Tage im Walde bei Jarchau erschossen hatte, wurde vom Schwurgericht in Stendal zu 15 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

t **Berlin**, 19. Febr. (In der falschen Etage.) In das Gesetzsammlungsamt, eine Zweigstelle des Ministeriums des Innern wurde ein Einbruch verübt. Die Diebe hatten sich aber in der Etage des Geldschrankes geirrt und konnten durch das Loch nicht nach dem Fach greifen, in dem sich die Einnahme der letzten Tage befand. Die Diebe erbeuteten nur einige Schachteln Zigaretten und etwa 15 Mark an barem Gelde.

= **Berlin**, 19. Febr. (Ein Feuergefecht mit Einbrechern.) Im Osten Berlins kam es zu einem schweren Feuergefecht zwischen Polizei und Einbrechern, die versucht hatten, in die Geschäftsräume der Anatolischen Handelsgesellschaft einzudringen. Ein Hausbewohner, der gegen dreieinhalb Uhr morgens ein verdächtiges Geräusch wahrnahm, alarmierte Polizei und Ueberfallkommando. Es kam zu einem Feuergefecht, bei dem im ganzen etwa 17 Schüsse gewechselt wurden. Ein Einbrecher wurde durch einen Brustschuß getötet, ein zweiter lebensgefährlich verletzt; die übrigen sind entkommen.

= **Berlin**, 19. Febr. (Verhaftung eines falschen Assessors.) Auf Veranlassung eines Berliner Rechtsanwalts wurde der frühere Kellner Achim Guth verhaftet, der als Assessor bei einer ganzen Reihe von Berliner Rechtsanwälten tätig war und sie vielfach vor Gericht vertrat, u. a. den in der Aktendiebstahlsaffäre beteiligten Dr. Ludwig Meyer und einen sehr bekannten Strafverteidiger. Guth trat in den laufenden Prozessen der betreffenden Anwälte auf und verstand die Fälle zwar nicht zu fördern, aber doch immerhin Vertagungen zu erreichen, so daß seine mangelnden juristischen Kenntnisse nicht allzuschnell auffielen.

t **Berlin**, 19. Febr. (Raubüberfall auf eine Kranke.) In der Wohnung einer Frau, die krank im Bette lag, drangen zwei Männer ein, von denen der eine der Frau ein Kissen auf den Kopf drückte, während der andere die Wohnung durchsuchte. Sie raubten etwa 20 Mark und ergriffen die Flucht.

= **Chemnitz**, 19. Febr. (Ein Bürgermeister als Brandstifter verurteilt.) Nach dreitägiger Verhandlung wurde der Bürgermeister von Alberode wegen Brandstiftung zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Wien, 19. Febr. (Von der Lokomotive erfaßt.) Als ein Landfuhrwerk an der Nordbahnstrecke nahe bei Wien eine halbgeschlossene Bahnschranke durchfahren wollte, stieß es mit einer fahrenden Lokomotive zusammen. Die beiden Insassen des Wagens wurden getötet, der Kutscher schwer verletzt.

Aus Südslawien, 21. Febr. (Silberschmuggel aufgedeckt.) Die Grenzzollbehörden in Susak haben einen umfangreichen Silberschmuggel nach Italien aufgedeckt. Es handelt sich hauptsächlich um altösterreichische Ein- und Fünfkronenstücke, französische Silberfranken und serbische Silberdinare.

Paris, 19. Febr. (Vor den Augen der Mutter abgestürzt.) Ein Jagdflugzeug stürzte über dem Flugplatz Aldun Le Romain plötzlich ab und wurde völlig zertrümmert. Das Unglück spielte sich vor den Augen der Mutter des Piloten ab, die die Leiche des Sohnes aus den Trümmern des Flugzeuges befreien half.

Vulkanausbruch am Schwarzen Meer.

Berlin, 19. Febr. Nach einer Blättermeldung besagen in Konstanza eingetroffene Berichte von Schiffern, daß der für erloschen gehaltene kaukasische Vulkan Sorin an der Schwarzen Meeresküste plötzlich wieder zum Ausbruch gekommen ist. Die umliegenden Ortschaften wurden durch den Lavastrom und den Aschenregen schwer heimgesucht. **Hunderte von Häusern wurden verschüttet und zahlreiche Menschen getötet.**

Sturm an der Golfküste.

Ueber 50 Tote, zahlreiche Verletzte.

Newyork, 18. Febr. Die Golfküste war abermals die Szene heftiger Stürme. Das Seengebiet von Luisiana (im Südteil der Vereinigten Staaten) wurde dabei von einem Tornado heimgesucht, der, soweit bekannt, **19 Tote forderte und viele Verletzte unter den Häuserruinen begrub.** Auch von der nordpacifischen Küste werden neue Orkane gemeldet.

New Orleans, 18. Febr. Durch den Wirbelsturm, der die Gebiete von Louisiana und Mississippi gestern abend heimgesucht hat, sind **33 Personen getötet** worden. Die Zahl der Verletzten ist 300; besonders schwer heimgesucht wurde die Stadt Atlanta.

London, 18. Febr. Nach einer Lloyd-Meldung aus Manila wird befürchtet, daß der von Schanghai nach Newyork unterwegs befindliche amerikanische Dampfer **„Elektron" mit der gesamten Besatzung untergegangen** ist. Der Kapitän des amerikanischen Dampfers „Liberator" berichtet, daß an der vermutlichen Unglücksstätte in einem Umkreis von 200 Meilen Oelspuren auf dem Wasser sichtbar waren.

Klebgürtel entfernen! Die im Herbst angelegten Klebgürtel an den Obstbäumen sind jetzt zu entfernen und sofort zu verbrennen, damit die auf ihnen abgelegten Raubeneier vernichtet werden. Vielfach konnte man bereits feststellen, daß die Schmetterlinge unterhalb des Klebgürtels eine Menge Eier abgelegt hatten; diese werden durch Anstreichen mit einer 20prozentigen Karbolineumlösung vernichtet.

Wie man unbestellte Zusendungen beantwortet. Zahlreiche Firmen senden neuerdings wiederohne jede Aufforderung Waren aller nur möglichen Art ins Haus. So bekam dieser Tage auch ein Gutsbesitzer sechs Bleistiftspitzer. Diese Sendung beantwortete er mit einem Gegenpaket und folgendem Begleitschreiben: „Firma X. Y. in Erlangen. In der Annahme, daß Sie eine ebenso gute Verwendung dafür haben wie ich für die mir geschickten Bleistiftspitzer, sende ich Ihnen anbei drei Pfund Grünkleesamen, per Pfund 1,25 Rm. = 3,75 Rm. Da der Betrag meiner Rechnung mit dem Preis der mir gleichfalls unverlangt zugesandten Bleistiftspitzer übereinstimmt, bitte ich, mein Konto bei Ihnen auszugleichen. Sollten Sie mir in Zukunft wieder einmal unerwünschte Waren zusenden, bin ich gerne bereit, Ihnen dafür als Gegenleistung echten Naturdünger zu liefern. Ich gebe mich jedoch der angenehmen Hoffnung hin, daß unser Briefwechsel nun beendet ist. gez. C., Gutsbesitzer."

Blühende Treibstauden. Der spätere Winter schenkt uns neben Frost, Eis und Schnee auch Tage und Wochen milden Wetters mit frostfreiem Boden. Wollen wir uns schon rechtzeitig im Frühjahr, wo draußen oft noch strenger, eisiger Nachwinter herrscht, der lieblichen Staudenblumen erfreuen, so müssen wir eine solche milde Wetterperiode Anfang Februar heraussuchen, um die zu treibenden Stauden aus dem freien Lande mit gutem Ballen in Töpfe zu pflanzen. Zum Einfüllen zwischen die Ballenlücken nehmen wir kräftige Gartenerde, die wir mit etwas Lehm und Sand vermischen: sie soll jedenfalls nicht zu schwer sein, damit die Rhizomwurzeln, die sich bald bilden, sofort in das neue Erdreich übergreifen können. Es gibt eine Anzahl Stauden, die tatsächlich keinen weiteren Vorbereitung zur Treiberei bedürfen. Sie sind vermöge ihres guten Wurzelsystems nicht im geringsten übelnehmerisch und wachsen gleich freudig weiter, zumal ihre Entwicklung durch gelegentliche Frostperioden nicht mehr als bisher gehemmt werden kann. Welche Stauden kann man auf diese Weise zeitiger zum Blühen bringen? Zwergschwertlilien und deutsche Schwertlilien, wegerigartiger Gemswurz (Doronicum plantaguineum excelsum), immergrüne Schleifenblume (Iberis sempervirens), Alpenaster, die schöne zweijährige Glockenblume (Campanula Medium), die anmutige Flammenblume (Phlox amoena), das vergißmeinnichtähnliche Gedenkemein (Omphalodes verna), Sieboldts Primeln, großblumige Gartenprimeln und das prächtige Tränende Herz mit den entzückenden, einzigartigen, rosaroten Herzblumen, die nur beim künstlichen Treiben ein wenig blasser ausfallen, sich aber sonst ausgezeichnet ausbilden. Alle die vorgenannten Arten kommen nach dem Einpflanzen in Töpfe in einen kühlen, frostfreien Raum, wo sie bei höchstens 6 bis 8 Grad Celsius, die man allmählich bis auf 10 Grad, aber nicht viel darüber, steigern kann, angetrieben werden. Nach dem Verblühen schränken wir allmählich das Gießen etwas ein, um sie dann, gegen Mitte Mai etwa, mit gut durchgefeuchtetem Wurzelballen wieder auf ein Plätzchen ins Freie zu bringen.

Neueste amtliche Kurse

mitgeteilt von der Vereinsbank, e. G. m. b. H. Sinsheim.
vom 12. Februar 1927.

Anleihen:

	in %
Reichsanleiheablösungsschuld	
mit Auslosungsch in	346,50
ohne Auslosungsch in	32

Bankaktien:

	in %
Bad. Bank	—
Darmstädter und Nationalbank	298,90
Deutsche Bank	201,75
Deutsche Vereinsbank	180
Dresdner Bank	1[illegible]9,25
Mitteldeutsche Creditbank	235
Reichsbank	189,25
Rhein. Creditbank	164,50
Südd. Disconto Ges.	185

Bergwerks-Aktien

	in %
Harpener Bergbau	228,50
Kali Westeregeln	221
Mannesmannröhrenwerke	236
Mansfelder Bergb. u. Hüttenw	153
Oberschl. Eisenb. Bedarf	137
Phönix Bergbau u. Hüttenbetrieb	136,50
Salzwerk Heilbronn	—
Vereinigte Königs- Laurahütte	—

Aktien industr. Unternehmungen:

	in %
Allg. Elektr. Stammaktien	175,25
Badenia Weinheim	—
Bad. Elektrizität Mannheim	0,108
Bad. Maschinen Durlach	136
Cementwerk Heidelberg	172,75
Daimler Motoren	12[illegible],75
Dtsch. Gold- und Silberscheide	25[illegible],50
Elektr. Licht und Kraft	199
Emaill. und Stanzwerk Ullrich	65[illegible],8
Farbenindustrie	327
Fuchs Waggon Stammaktien	0,50
Grötzner Maschinen Durlach	132
Karlsruher Maschinen	63
Knorr Heilbronn	19[illegible],75
Mainkraftwerke Höchst	—
Neckarsulmer Fahrzeugwerke	137
Schuckert Elektr. Nürnberg	—
Seilindustrie Wolff	92
Zellstoff Waldhof Stammaktien	278
Zuckerfabrik Waghäusel	—
„ Heilbronn	—

Aktien deutscher Transportanstalten:

	in %
Hamburg. Amerik. Paketfahrt	1 1,50
Heidelberger Straßen- u. Bergbahn	—
Norddeutscher Lloyd	170,75

Devisen:

	Geld	Brief
New-York 1 Dollar	4.2145	4.2245
London 1 Pfund	20,44	20 492
Holland 100 Gulden	168 70	169.12
Schweiz 100 Francs	81 07	81 27
Paris 100 Fran	16 53	16 57

Gedenket der hungernden Vögel!

Bekanntmachung.

Die Listen der Wahlberechtigten zur Handelskammer liegen in der Geschäftsstelle der Kammer in Heidelberg, Anlage 1, bezw. den Rathäusern der übrigen Gemeinden des Bezirks vom 22. Februar bis einschließlich 1. März ds. Js. zur Einsichtnahme für die Beteiligten offen. Etwaige Einsprüche gegen die Aufnahme in die Liste oder die Uebergehung in derselben, ferner etwaige Anträge wegen Verzichts auf das Wahlrecht gemäß Artikel 5 Absatz 2 des Handelskammer-Gesetzes sind spätestens innerhalb 8 Tagen nach Schluß der Offenlegung bei Ausschlußvermeiden mit den erforderlichen Bescheinigungen unmittelbar bei uns anzubringen.

Heidelberg, den 21. Februar 1927.

Die Handelskammer für die Kreise Heidelberg und Mosbach.

Der Vorsitzende: Heinrich Landfried. Der Syndikus: Dr. Fr. Schupp.

Nutz- u. Brennholzversteigerung

Bad. Forstamt **Neckarschwarzach** versteigert am **Montag, den 28. Februar, morgens 10 Uhr,** in der **„Krone"** in **Neunkirchen** aus Domänenwald **Schloßberg,** Abtlg. 2 und 9:

25 **Lärchenstämme** (4 III., 14 IV., 7 V. Kl.), 5 Ster ei. Nutzscheitholz II. u. III., 45 Ster bu. u. ei. Scheit, 78 Ster bu., gem. und nadel Prügel und Reisprügel und 1 Los Schlagraum; aus Domänenwald **Ueberhau** Abtlg. 1 (westlich der Straße Neunkirchen—Zwingenberg) 11 Lärchenstämme (1 II., 5 III., 4 IV., 1 V.), 1 Fichte IV., 18 forl. Abschnitte (2 I., 10 II., 6 III.), ferner **Brennholz** in Abtlg. 1 und 2 (beiderseits des Weges): 174 Ster Scheit (67 bu., 104 ei., 3 gem.), 205 Ster Prügel (10 bu., 92 ei., 30 gem., 73 nadel) und 23 Ster Reisprügel. Vorzeiger Oberforstwart Heiß in Neunkirchen

Liederkranz Sinsheim

Gesang- und Musikverein

Einladung

zum

Kostümball

am

Fastnacht-Montag 1927 — Abends 8 Uhr
im Löwensaal

Nur für Mitglieder.

Masken haben keinen Zutritt.

Die Mitglieder werden gebeten kostümiert zu erscheinen. — Mützen im Saal erhältlich.

— Eintritt je Person 50 Pfg. —

Der Vorstand.

Ata
Henkel's Scheuermittel
keine Hausfrau mag es entbehren!

Freie Schicksalsdeutung

Nachdem ich lange Jahre als Astrolog auf Reisen war, und viele Tausend Personen meinen Rat einholten, habe ich mich nunmehr entschlossen, für jeden vollständig unsonst eine **Probedeutung für sein Leben** auszuarbeiten. Meine Arbeit wird Sie in Erstaunen versetzen, kommen doch täglich Anerkennungsschreiben, die dies bestätigen.

Schreiben Sie aber sofort. Ich brauche Ihren vollen Namen, sowie Tag, Monat, Jahr und Ort Ihrer Geburt. Angabe ob Frau, Fräulein oder Herr ist erwünscht. Geld verlange ich nicht. Sie können aber, wenn Sie wollen, einen frank. Umschlag mit Ihrer Adresse beilegen. Nennen Sie auch diese Zeitung.

Franz Moritz,
Berlin-Friedrichshagen.

Kaiser's Brust-Caramellen
mit den „3 Tannen"
für Ihre Kinder und Sie!
Dieses seit 35 Jahren bewährte Hustenmittel, köstlich schmeckend, darf über die Winterzeit bei Ihnen nicht fehlen! Dann werden Sie verschont sein vor Husten, Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung.
Paket 40 Pfg., Dose 90 Pfg.
Zu haben bei: Central-Drogerie Richard Wagner, Hugo Seufert, Hermann Betsch, Wiln. Scheeder Nachf., Sinsheim, Otto Günther, Eichtersheim u. wo Plakate sichtbar.

Empfehle
Obst- und Gemüsekonserven
billigst
Ludwig Molt b. d. Kirche
Telefon 144.

Eine sehr gut erhaltene elektr.
Wohnzimmerlampe
abzugeben. Zu erfragen unter Nr. 179 b. Landboten.

150 Mark Gehalt!
u. 15% Provision! Reisende gesucht, die Private, Wirte, 2c. besuchen zum Verkauf konkurr. bill. Tabake und Cigarren direkt ab Fabrik. Anfr. mit Rückporto an **Tabak-Verarbtgs.-Ges. Bruchsal.**

Bienen-Honig
allerfeinster, goldgelber, reiner Qualität. 10-Pfd.-Eimer Mk. 10.70, 5-Pfd.-Eimer Mk. 6.20 Nachn. 30 Pfg. mehr.
Pundsack, Lehrer a. D.
Hude 297 i. Oldbg.

Käse billiger
ab Fabrik
9 Pfd. Tafelkäse Mk. 4.00
9 „ Dtsch. Edamer „ 4.95
9 „ Holst. Tilsiter (delikat) „ 4.95
9 „ Holländer „ 7.00
ab hier, Nachnahme. Porto Mk. 1.— garant. vorzügl. schnittfeste Ware.
E. Heinze, Käsefabrik
Hamburg 20
Lokstedterweg Nr. 312.

Scherbendoktor!
ist der beste Porzellan- und Glaskitt, selbst in kochendem Wasser nicht lösbar.
Adam Engel, Engeldrogerie.

Druckarbeiten
jeglicher Art für Gewerbe, Handel und Behörden in sauberster Ausführung liefert in kürzester Zeit und zu mäßigen Preisen
G. Becker'sche Buchdruckerei Sinsheim
beim Bahnhof.

Schriftleitung: H. Becker; Druck und Verlag: G. Beckersche Buchdruckerei in Sinsheim.